Politik und Religion in Nordirland

Autor(en): **Swindon, Geoffrey**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **61 (1969)**

Heft 9

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354406

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politik und Religion in Nordirland

Nur in einem Punkt sind sich alle Nord-Iren einig: dass kein Nicht-Ire sie und ihre Probleme versteht. Tatsächlich scheinen viele der hartnäckigen Schwierigkeiten Nordirlands einem anderen Jahrhundert anzugehören. In der «Rumpelkammer Grossbritanniens» bilden die religiösen Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten noch immer die Grundlage der Innenpolitik wie sonst nirgends in Europa nach dem Dreissigjährigen Krieg. Noch immer kann in Nordirland ein Premierminister sein Amt verlieren, weil er ein allgemeines Wahlrecht auch für Lokalwahlen einführen will. Noch immer wittern Protestanten hinter jeder Aktion von Katholiken ein vom Papst inspiriertes Komplott, während sich die Katholiken als «weisse Neger» behandelt fühlen. Besonders seit Oktober des vergangenen Jahres schienen die beiden Bevölkerungsgruppen unweigerlich auf Kollisionskurs zu steuern; rivalisierende Demonstranten – vorwiegend katholische Bürgerrechtskämpfer auf der einen Seite, Protestanten auf der anderen – marschierten gegeneinander, warfen Steine, inszenierten Sit-ins und beklagten sich über Polizeibrutalität; Molotowcocktails flogen in Postämter; in der nordirischen Hauptstadt Belfast musste zeitweilig der Wasserverbrauch rationiert werden, nachdem Bomben drei wichtige Trinkwasserleitungen unterbrochen hatten.

Seit einigen Wochen allerdings gibt es wieder Hoffnung auf Besserung: der neue Premierminister in Belfast, Major James Chichester-Clark, versprach, die Politik seines Vorgängers weiterzuführen, worauf führende Protestanten und Katholiken bis auf weiteres Zurückhaltung gelobten. Logisch? Nein, irisch.

Der Schlüssel zum Verständnis der letzten Entwicklungen – soweit dies einem Nicht-Iren möglich ist – liegt in der Person des Vorgängers Chichester-Clarks. Captain Terence O'Neill hatte sich in den sechs Jahren seiner Amtstätigkeit um einen Ausgleich der Interessen bemüht; er hatte vorsichtige Reformen begonnen, um sein Land dem 20. Jahrhundert etwas näherzubringen. In London waren grosse Hoffnungen auf seine politische Geschicklichkeit gesetzt worden; im eigenen Land, ja in seiner eigenen Partei, verlor er in den letzten Monaten aber rasch an Popularität. Einigen seiner Ministerkollegen war er zu selbstherrlich und der Ausdruck «O'Neillismus» wurde zu einer Beschreibung seines Stils und weniger seiner Politik. Seine Partei, die überwiegend protestantischen Unionisten, begann um die Stimmen der rechten Protestanten zu fürchten, die in dem streitbaren und demagogischen Pastor Ian Paisley einen unbeugsamen Wortführer (Motto: «Keine Kapitulation vor Rom») erhalten hatten.

Zu Beginn dieses Jahres – nachdem einige Minister von O'Neill abgefallen waren – versuchte der Premierminister sein Glück: er

schrieb Wahlen für den Stormont, das nordirische Parlament, aus. Aber die Situation wurde nur noch verworrener. Da die Unionisten-Partei nicht mehr geschlossen hinter O'Neill stand, gab es in einigen Wahlkreisen die unmöglichsten Kombinationen. Wo die Unionisten einen O'Neill-Anhänger nominierten, kandidierte auch ein unabhängiger anti-O'Neill-pro-Unionist. Anderswo gab es anti-O'Neill-Unionisten, gegen die aber pro-O'Neill-nicht-Unionisten kandidierten. Die Stimmenauszählung brachte eine herbe Enttäuschung für den Premierminister: seine Partei (einschliesslich der anti-O'Neillisten) verzeichnete wohl einen Sieg, die Zahl der O'Neill-Feinde im Stormont blieb aber ungefähr gleich. Selbst im eigenen Wahlkreis hatte der Premierminister Schwierigkeiten. Pastor Paisley, der gegen O'Neill angetreten war und dem niemand eine Chance eingeräumt hatte, unterlag nur knapp.

Noch einmal versuchte O'Neill sein Glück: im April unterbreitete er seiner Parlamentsfraktion den Vorschlag, in Zukunft auch bei Lokalwahlen das Prinzip «Ein Mann, eine Stimme» anzuwenden. Diese Wahlreform war eine der Hauptforderungen der Bürgerrechtskämpfer. Die Gemeindevertretungen Nordirlands werden nämlich noch immer nach ständischen Gesichtspunkten gewählt: ein Haus- und Landeigentümer, der nebenbei noch einige Geschäftsfilialen besitzt, kann zehn- bis fünfzehnmal mehr Stimmen haben als zum Beispiel ein Arbeiter. Die besitzende Klasse in Nordirland – das sind die Protestanten, so dass dieses Wahlsystem automatisch eine protestantische Mehrheit in den Gemeindestuben sicherstellt, auch dort, wo die Katholiken eine zahlenmässige Mehrheit haben. Die Gemeinden aber verteilen öffentliche Wohnungen, und auch hier klagen die Katholiken über Benachteiligung.

Die Protestanten, obwohl insgesamt in Nordirland noch zahlenmässig überlegen, wollen dieses Wahlsystem nur ungern aufgeben. Katholiken haben nämlich im Durchschnitt mehr Kinder – auch vor der Papst-Enzyklika war das schon so – und derzeit sind bereits 51 Prozent aller Volksschulkinder katholisch. In dreissig Jahren, so wurde errechnet, könnte die Mehrheit der Nord-Iren bereits katholisch sein. O'Neills Reformvorschlag stiess daher in der Fraktion auf heftigen Widerstand. Schliesslich erhielt er doch eine Mehrheit, die allerdings so knapp war, dass man damit rechnen musste, die nächsthöhere Instanz der Unionisten, nämlich der reaktionärere 600 Mann starke Zentralausschuss der Partei, werde den Vorschlag ablehnen.

Was jetzt folgte, wird vielleicht einmal als Musterbeispiel eines politischen Schachzuges in die Lehrbücher eingehen. Unmittelbar nach der Wahlrechtsabstimmung in der Fraktion gab Major Chichester-Clark seinen Rücktritt vom Posten des Landwirtschaftsministers bekannt. In seinem Rücktrittsschreiben hiess es recht vage, er stimme wohl im Prinzip der Reform zu, halte aber den Zeitpunkt für denkbar ungünstig. Es tue ihm «wirklich leid», die

Regierung verlassen zu müssen, aber dies sei in der gegebenen Situation das einzig Richtige, bedauerte Chichester-Clark und schloss: «Herzlichst, Dein Jimmy.» Obwohl der Rücktritt des Landwirtschaftsministers ein schwerer Schlag für O'Neill war, schien der Premierminister «seinem Jimmy» nicht böse zu sein, sondern schrieb einen ähnlich herzlichen Brief zurück. Einige Tage später gab O'Neill seinen eigenen Rücktritt bekannt; wieder einige Tage später wurde über seinen Nachfolger abgestimmt und Chichester-Clark siegte mit der denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme – der Stimme O'Neills. Die Vermutung liegt also nahe, dass die beiden alten Freunde, die einst dieselbe Schule besucht und im selben Regiment gedient hatten, in jeder Hinsicht genau kalkulierten. Ob Chichester-Clark seine Landsleute aber zur Vernunft bringen kann, steht in den Sternen.

Die Schwierigkeiten in Nordirland gehen bis ins sechste Jahrhundert zurück. Damals, nach dem Fall des weströmischen Reiches, war der Norden Irlands, und vor allem die jetzige Stadt Londonderry, eine Hochburg des Katholizismus. Der Name Londonderry ist seit damals für Katholiken sehr gefühlsbeladen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts, im Bürgerkrieg, der dem Protestantismus in Grossbritannien endgültig zum Sieg verhalf, war Londonderry eine protestantische Festung, die 105 Tage unter katholischer Belagerung stand. Auch den Protestanten ist daher dieser Platz heilig. Im Laufe der Zeit gewannen aber die Katholiken wieder eine zahlenmässige Überlegenheit. Londonderry ist arm; es gibt dort eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie im Rest Nordirlands. Angesichts dieser Kombination von geschichtlichen, religiösen und sozialen Spannungen war niemand besonders überrascht, dass sich die Unruhen der vergangenen Monate gerade in dieser Stadt entzündeten.

Aber auch die neuere Geschichte Nordirlands bietet genug Konfliktstoff. Im Jahre 1921 wurde der katholische Südteil Irlands von Grossbritannien unabhängig. Sechs Grafschaften im Nordosten der irischen Insel stimmten aber für ein Verbleiben im britischen Reich – jene sechs Grafschaften, wo die Protestanten in der Mehrheit waren. Nordirland erhielt eine eigene Provinzverwaltung in Belfast; für alle grösseren Fragen, wie Verteidigungs-, Finanz- und Aussenpolitik, ist aber London zuständig. Das britische Unterhaus behielt sich auch die höchste Souveränität über die nordirische Bevölkerung vor. Von Zeit zu Zeit wird daher in London die Drohung laut, man werde in Nordirland eingreifen, falls die Ereignisse dort zu sehr ausser Kontrolle geraten. So sehr aber die nordirischen Protestanten die Verbindung mit Grossbritannien einer Vereinigung mit der katholischen Republik Irland vorziehen, so wenig wollen sie sich doch in ihre «inneren Angelegenheiten» dreinreden lassen. Das britische Unterhaus beschränkte sich daher bis jetzt darauf, die Situation in Nordirland zu diskutieren.

Seit April haben die Bürgerrechtskämpfer eine neue und schlagfertige Stimme im britischen Unterhaus: Miss Bernadette Devlin, knappe 22 Jahre alt, Abgeordnete des Wahlkreises Mid-Ulster. Schon an ihrem ersten Tag im Unterhaus brach sie Traditionen und Rekorde. Die jüngste Parlamentarierin hielt – entgegen jeder Tradition – nur wenige Stunden nach der Angelobung ihre Jungfernrede als «sehr ehrenwerte Abgeordnete». Die Psychologiestudentin und Tochter eines Tischlers sprach 22 Minuten lang über die jüngsten Ereignisse in ihrer Heimat. Sie schilderte, wie sie bei Demonstrationen mithalf, Barrikaden zu bauen; sie forderte die Londoner Regierung auf, den nordirischen Führern mit wirtschaftlichen Sanktionen zu drohen, von einem direkten Eingreifen hielt aber auch sie nichts. «Falls Sie britische Truppen nach Nordirland schicken», rief sie aus, «dann möchte ich nicht die Mutter oder Schwester solch eines unglücklichen Soldaten sein. Nord-Iren lieben es nicht, wenn Engländer ihnen sagen, was sie tun sollen.» Die Mitglieder des Unterhauses – vor allem der linke Flügel der Labour-Partei – spendeten reichlich Beifall.

Bernadette – «die neue Johanna» – eroberte einige Tage lang die Schlagzeilen der meisten Zeitungen, allerdings weniger durch ihre politischen Äusserungen als vielmehr durch ihre Miniröcke, ihren 22. Geburtstag einen Tag nach der Jungfernrede und durch ihr Bankkonto, auf dem sich ganze 2 Mark befanden. Dabei wäre ihre politische Plattform interessant genug. Bernadette, obwohl selbst katholisch, will für alle «einfachen Leute, die Arbeiter und Bauern» ihres Wahlkreises sprechen, ohne Unterschied der Konfession. Tatsächlich begannen sich in der letzten Zeit die religiösen Fronten etwas zu verwischen, und die sozialen Unterschiede traten in den Vordergrund.

Obwohl Bernadette keine Berufspolitikerin sein will – nach den nächsten Wahlen werde sie sich wieder ihrem Studium widmen, verkündete sie – will sie doch innerhalb der Institutionen für Reformen kämpfen, trotzdem sie auch bei Demonstrationen ihre 1,51 Meter grosse Frau stellt. Innerhalb der Institutionen, aber offensichtlich mit ausserparlamentarischem Elan. Niemand kann voraussagen, ob sie auch nur begrenzten Erfolg haben wird. «In der Routine des Unterhauses wird sie sich totlaufen», prophezeien abgebrühte Politiker und Journalisten. Ihre erste negative Erfahrung mit dem Londoner politischen Establishment hatte sie am 1. Mai: an einer Kundgebung der Gewerkschaft für graphische Berufe wollte sie sich solidarisieren und eine Rede halten. Die Gewerkschaftsbosse erlaubten ihr nur, still im Protestmarsch mitzugehen. Sie fügte sich – und lutschte an einer Eistüte.

Geoffrey Swindon, London